



JUGENDKULTURELLE
ANTWORTEN
AUF ISLAMISTISCHEN
EXTREMISMUS



GESELLSCHAFTSKRITIK

**Gesellschaftskritik zwischen Legitimität
und Demokratiefeindlichkeit – Handlungs-
empfehlungen für Pädagog*innen**

Von Maral Jekta

Einleitung	01
Hintergrund	05
Gesellschaftskritik in islamistischen und rechten Ideologien	05
Kapitalismus- und Globalisierungskritik	08
Demokratiekritik und Rassismus	11
Wertekritik	12
Kritik an pluralen Gender-/Geschlechterrollen	13
Medienkritik	15
Empfehlungen	17
Förderung kritischer politischer Bildung	17
Stärkung von Medienkompetenz	18
Reflexionsräume schaffen	18
Handlungsmöglichkeiten aufzeigen	19
Schüler*innen als Watchdogs	20
Literaturverzeichnis & Ergänzungen	21
Literaturverzeichnis	21
Zitationshinweis	24
CC-Lizenz	24
Projekt-Informationen	25

Einleitung

Kritik an etablierten Werten und Normen sowie gesellschaftlichen Strukturen ist Teil pluralistisch verfasster Gemeinwesen. Artikuliert wird Gesellschaftskritik von unterschiedlichen sozialen und politischen Gruppen in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären, wie etwa der Wirtschaft, Politik, Kunst, Wissenschaft und Religion. Ganz allgemein lässt sich Gesellschaftskritik als ein Wissen beschreiben, »dass etwas fehlt, dass etwas nicht ist, wie es sein sollte, dass etwas imperfekt ist« (Gebhard 2006, S. 269).

Zu den Aufgaben politischer Theorie, Soziologie und Philosophie zählt es seit jeher, politische und gesellschaftliche Ordnungen auf ihre Legitimität und mögliche Defizite hin zu analysieren, auf als Missstand empfundene Realitäten hinzuweisen und Theorien für verändernde politische Praxis zu entwickeln.

Dies ist auch Aufgabe politischer Bildung. Neben einer Vermittlung der Grundwerte und -prinzipien der demokratischen Grundordnung und von Wissen über zentrale gesellschaftliche Institutionen ist es Aufgabe politischer Bildung, sich mit gesellschaftlichen Problemlagen und Missständen sowie politischen Prozessen kritisch auseinanderzusetzen und damit verbundene gesellschaftliche und politische Veränderungsbedarfe zu reflektieren (vgl. Lösch 2013, S. 11). So können Macht- und Herrschaftsverhältnisse oder alternative Gesellschaftsmodelle Grundlage dieser Reflexion sein.

Im Allgemeinen wird Gesellschaftskritik als legitim anerkannt, wenn sie bislang unbeachtete, aber für Gesellschaften relevante Phänomene erschließt und prüft, ob die herrschende Praxis dem gesellschaftlichen Kanon der Grundwerte entspricht (vgl. Iser 2004, S. 153).

In Deutschland ist dieser Kanon in Form der freiheitlich demokratischen Grundordnung (fdGO) festgeschrieben. Als unveränderbare Grundprinzipien werden darin unter anderem die Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit genannt (vgl. Art. 21 II GG). An die fdGO geknüpft ist das Konzept der wehrhaften Demokratie. Dieses ermöglicht ein präventives Vorgehen gegen sogenannte Feinde (also Personen, Parteien, Vereine und Organisationen) der Demokratie. Wer Feind ist, wird durch das Extremismuskonzept bestimmt, das eine klare Grenzziehung zwischen der Demokratie und ihren Feinden verspricht (vgl. Fuhrmann 2019:17).

Kritiker*innen bemängeln, dass dieses Versprechen nicht eingehalten werde und dadurch die Entscheidung darüber, wer Extremist*in sei und wer nicht der Willkür und der politischen Motivation der Exekutive(n) unterliege. Die vage Formulierung, so der Vorwurf, diene dazu, früh in den politischen Willensbildungsprozess einzugreifen und politisch Andersdenkende auszuschalten (vgl. ebd. 215).

Verfechter*innen des Konzepts betonen hingegen, dass die begriffliche Flexibilität und der damit einhergehende Interpretationsspielraum notwendig seien, um neuartige Formen des Extremismus frühzeitig zu entlarven und zu bekämpfen (ebd. 230).

Auch die Kriterien der fdGO lassen einen Interpretationsspielraum zu (vgl. ebd. 303), der die Grundlage für eine pluralistische Gesellschaft bietet, in der bis zu einer Grenze unterschiedliche Lebensweisen und Wertkonzeptionen gelebt werden können. Innerhalb dieses Spannungsfeldes kann Gesellschaftskritik ausgeübt werden.

Resultate legitimer Gesellschaftskritik können beispielsweise divergierende Gerechtigkeitskonzeptionen mit Forderungen nach Ressourcengerechtigkeit, ökologischer Generationengerechtigkeit, Verteilungs-, Teilhabe-, Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit sein.

Auch libertäre Forderungen nach einer teilweisen Eingrenzung staatlicher Intervention in wirtschaftliche Belange zugunsten radikaler Freiheitsrechte können Ausdruck legitimer gesellschaftskritischer Positionen sein. Diese Spannbreite spiegelt sich innerhalb der deutschen Parteienlandschaft wider. So kritisieren gegenwärtig bspw. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Umweltpolitik der Regierungsparteien, die Partei Die LINKE deren Sozialpolitik, während sich die FDP für mehr Marktfreiheit einsetzt.

Zusätzlich gehört es zu den Aufgaben von Medien, eine Kritik- und Kontrollfunktion in der Gesellschaft wahrzunehmen, wenn nötig auf Fehlentwicklungen hinzuweisen und politische Entscheidungen zu hinterfragen (vgl. Chill/Meyn 1996, S. 2–5). Gesellschaftskritik zeigt sich darüber hinaus in sozialen Bewegungen, wie der Bewegung »Fridays for Future«, die wesentlich von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen wird und eine sozialökologische Wende einfordert. Auch online wird Gesellschaftskritik ausgeübt. Dort erreichen erfolgreiche YouTuber*innen wie Julien Bam, Felix von der Laden und Rezo mit einzelnen Beiträgen zu gesellschaftspolitischen Fragen ein großes junges Publikum¹.

Die von den bisher genannten Akteur*innen vorgebrachte Kritik bewegt sich im Rahmen der grundgesetzlichen Ordnung und ist legitim. Sie verweist auf gesellschaftliche Missstände und schlägt alternative Handlungsstrategien zur Lösung der ausgemachten Probleme vor. Dabei bezieht sie sich auf den gesellschaftlichen Wertekanon und daraus abgeleitete Normen und Grundprinzipien. Die Kritiker*innen identifizieren sich grundsätzlich mit demokratischen Orientierungen und menschenrechtlichen Werten. Gesellschaft und Grundgesetz bieten Raum für Pluralismus und damit auch für Kritik an den gesellschaftlichen und politischen Strukturen.

Über Graubereiche (il)legitimer Gesellschaftskritik

Wie schwierig eine formelle Abgrenzung von Gesellschaftskritik und Verfassungsfeindlichkeit ist, wird am Beispiel des von Verfassungsschutzbehörden eingeleiteten Prüfverfahrens bezüglich der AfD deutlich. Infolge des Verfahrens ist die gesamte Partei zum Prüffall erklärt worden, während die AfD-Jugend und der völkisch-nationalistische »Flügel« um den Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke als Verdachtsfall² eingestuft werden (vgl. Meister et al. 2019).³ Der Vergleich gesellschaftskritischer Äußerungen von Alexander Gauland, dem ehemaligen Bundesvorsitzenden der AfD, und Höcke macht die fließenden Übergänge in den Bereich der Verfassungsfeindlichkeit sichtbar. Beide äußern sich systemkritisch, werden aber von den Verfassungsschutzbehörden unterschiedlich bewertet. Gauland attackiert etwa

-
- 1 Die Kommentarspalten in den sozialen Medien lassen vermuten, dass ein großer Teil der Abonnent*innen jung ist.
 - 2 Bei Verdachtsfällen kann der Verfassungsschutz nachrichtendienstliche Mittel einsetzen, um Informationen zu sammeln und auszuwerten. Ein Prüffall ist dagegen nur die Vorstufe eines solchen Verdachtsfalles.
 - 3 Die AfD reichte Mitte Januar gegen die Beobachtung der JA und des »Flügels« durch das BfV Klage beim Verwaltungsgericht Köln ein.

in einem Interview mit der FAZ »*das politische System im Sinne des Parteiensystems*« (Gauland nach Kohler 2018). Konkret müssten, so der AfD-Politiker, »*die Parteien, die uns regieren, ich kann auch sagen: das System Merkel*« (ebd.) abgeschafft werden. Ähnlich argumentiert Höcke, wenn er in einer Rede sagt: »wir dürfen uns nicht an einer Person festmachen (...) Merkel war das Feindbild (...). Wir müssen klar erkennen (...), dass nicht Merkel das Problem ist, sondern dass sie nur der Kopf eines stinkenden Fisches ist. Dass nicht nur Merkel weg muss, sondern dass das Merkel-System weg muss, liebe Freunde!« (vgl. Meister et al. 2019).

In der Gesamtschau betrachtet, kommt die Analyse des Verfassungsschutzes zu dem Schluss, dass sich in Gaulands Äußerungen keine ausdrücklichen oder impliziten Aufforderungen zu einem umstürzlerischen Vorgehen finden. Höcke hingegen verletzt in seinen Reden u. a. die Menschenwürdegarantie sowie das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip (vgl. ebd.).

In diesem juristischen und semantischen Graubereich **bewegen sich auch islamistische und rechtsextreme Gruppen mit ihrer Gesellschaftskritik**. Dennoch erfahren sie von Teilen der Erwachsenen und Jugendlichen Zustimmung. Die Gruppierungen stoßen u. a. deshalb bei diesen auf Zuspruch, weil manche von ihnen Parteien und staatlichen Institutionen zunehmend misstrauen (vgl. Reinemann et al. 2019, S. 43). So ist es etwa »*für relevante gesellschaftliche Gruppen (...) nicht vorstellbar, dass die reiche Bundesrepublik die Aufnahme einer nennenswerten Zahl von Geflüchteten bewältigen und sich als vielfältige Gesellschaft fortentwickeln könnte*« (Besand 2019, S. 179).

Auch Medien erleben einen großen Vertrauensverlust. Dieser ist nicht zuletzt durch die systematische Diffamierung von Medien und Journalist*innen durch populistische und extremistische Gruppen bedingt. Einer Allensbach-Umfrage zufolge sind 39% der erwachsenen Bevölkerung der Meinung, dass die »*Medien nicht objektiv berichten, sondern Sachverhalte verdrehen oder bestimmte Tatsachen ganz verheimlichen*« (Institut für Demoskopie Allensbach 2015, S. 6).

Manche vertrauen alternativ auf rechtsextreme und islamistische Positionen, die durch ihre Angriffe auf die Grundwerte pluralistischer Gesellschaften zunehmend zu deren Polarisierung führen.

In dem Spannungsfeld zwischen Gesellschaftskritik und Demokratiefeindlichkeit mobilisieren beide Gruppen für die Durchsetzung antipluralistischer Werte und Normen – so auch im Netz, wo zunehmend islamistische und rechtsextreme Angebote, die sich an Jugendliche und junge Erwachsene wenden, sichtbar werden. Dabei knüpfen sie an aktuelle Kritik an politischer Ordnung und gesellschaftlichen Missständen an, begegnen diesen aber mit vereinfachten und vermeintlich eindeutigen Problemdeutungen und stellen der Prämisse der politischen Alternativlosigkeit und des Handlungszwangs vereindeutigende Problemdiagnosen und radikale Lösungsmöglichkeiten entgegen. Dafür greifen sie mitunter lebensweltliche und zugleich gesellschaftlich und politisch relevante Fragen von Jugendlichen auf und bedienen konkrete Bedürfnisse nach Austausch, Orientierungssuche, Identitätsbildung und Selbstwirksamkeit.

Vergleicht man die jeweiligen gesellschaftskritischen Narrative, können u. a. ähnliche Muster festgestellt werden, wenn die jeweilige Position in Bezug auf Demokratie, Kapitalismus, Werte und Gender betrachtet wird. Dabei beziehen sich beide Gruppen stark aufeinander

und entfalten »eine symbiotische Wirkung. (...) Beide negieren und demontieren demokratische Grundwerte wie die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die Religionsfreiheit. Mehr noch: Rassismus gegen Muslim_innen bereitet den Boden für die Radikalisierung durch islamistische Fundamentalist_innen« (vgl. Fielitz et al. 2018, S. 7).

Jugendliche und junge Erwachsene können anfälliger für solche Inhalte sein, weil ihr Demokratieverständnis, ihre Identität sowie die Wertmaßstäbe noch in der Entwicklung sind (vgl. Torney-Purta 1992, S. 12 – 25).

Unabhängig davon, ob die von den Akteur*innen vorgebrachte Gesellschaftskritik legitim ist oder nicht, bewegt sich das mit der jeweiligen Gesellschaftskritik transportierte Gedanken-gut zwischen Illegitimität und Illegalität. Alle hier untersuchten Akteur*innen stehen entweder selbst unter der Beobachtung der Verfassungsschutzbehörden oder weisen Schnittpunkte mit Gruppierungen auf, die verboten sind oder vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Allerdings rufen die Akteur*innen selbst nicht offen zur Gewalt oder Systemsturz auf. Ihre gesellschaftskritischen Narrative sind mitunter weder illegal noch illegitim. So trägt der Westen durch Waffenexporte etwa historisch und aktuell Verantwortung für innerstaatliche Konflikte im Nahen Osten – ein zentraler Punkt islamistischer Gesellschaftskritik. Auch ist insbesondere die von der AfD vorgebrachte Kritik am Strukturabbau im ländlichen Raum insgesamt und in Ostdeutschland legitim.

Die Entscheidung, ob und ab welchem Zeitpunkt die Akteur*innen den Boden der fdGO verlassen, obliegt dem Bundesverfassungsgericht.

Dennoch sind viele mit der Gesellschaftskritik verwobenen Inhalte, die veröffentlicht werden illegitim und zutiefst antipluralistisch bzw. antidemokratisch. In diesen kommt zum Ausdruck, dass die Akteur*innen religiöse, kulturelle sowie politische Vielfalt ablehnen und Andersdenkende abwerten.⁴ Problematisch an der jeweiligen Kritik ist überdies die Ablenkung mancher Akteur*innen von partizipativen Möglichkeiten der Politikgestaltung. Wahlen stellen in der Logik solcher Gruppen wie Generation Islam und der Identitären Bewegung keine Option für politische Gestaltung dar. Vielmehr werden die eigenen Gesellschafts- und Ordnungsvorstellungen als Gegenentwurf zu demokratischen Gesellschaften inszeniert.

Sowohl islamistische Gruppierungen als auch solche aus dem rechten Spektrum führen einen strategischen reaktionären Kampf gegen die demokratische Gesellschaftsordnung und den darin errungenen Rechten emanzipativer Bewegungen.

Ziel beider Gruppen ist es, das Vertrauen in das demokratische Gesellschaftssystem und demokratische Prozesse zu untergraben. Vor dem Hintergrund dieses Ziels sind die gesellschaftskritischen Narrative islamistischer und rechtsradikaler und rechtsextremer Strömungen zu verstehen.

4 Beobachter gehen davon aus, dass die Akteur*innen die grundsätzliche Ablehnung von Demokratie und Menschenrechten aus legalitätstaktischen Gründen verheimlichten.

Struktur der Expertise

In der vorliegenden Kurzexpertise wird die Rolle islamistischer und in einem kleineren Umfang rechtsextremer Gesellschaftskritik im Hinblick auf ihre ideologischen und lebensweltlichen Anknüpfungspunkte für Jugendliche und junge Erwachsene untersucht, um Ähnlichkeiten und Unterschiede aufzuzeigen und phänomenübergreifende Präventionsansätze anzuregen.

Die hier untersuchten gesellschaftskritischen Narrative sind beispielhaft für Akteur*innen aus dem islamistischen und salafistischen Spektrum sowie rechtsradikalen⁵ und -extremen⁶ Gruppierungen. Die Kurzexpertise hat nicht den Anspruch, diese in Gänze darzustellen, sondern zeigt, inwieweit solche Gruppierungen Themen ansprechen, die auch im gesamtgesellschaftlichen Diskurs viel Aufmerksamkeit erfahren. Dafür bezieht sich die Kurzexpertise vor allem auf die Inhalte der islamistischen **Gruppierung Generation Islam (GI)**, die online in allen sozialen Netzwerken präsent ist und niederschwellige Inhalte verbreitet. Punktuell werden Inhalte der salafistischen Prediger **Pierre Vogel** und **Mohammad Abul Baraa** untersucht.

Die in der Folge vorgestellten rechtsextremen und -radikalen Inhalte kommen zumeist aus dem Umfeld der **Identitären Bewegung (IB)** sowie des »**Flügels**« der AfD. Beide Gruppierungen stehen sich ideologisch sehr nahe.

Im letzten Teil der Kurzexpertise werden die Herausforderungen, die sich angesichts extremistischer Gesellschaftskritik für Pädagog*innen ergeben, und entsprechende Handlungsempfehlungen für Praktiker*innen aus der schulischen und außerschulischen politischen Bildung aufgezeigt.

Hintergrund

Gesellschaftskritik in islamistischen und rechten Ideologien

Die Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen ist zentraler Bestandteil islamistischer Ideologie. Die Ursprünge des Islamismus gehen auf die konflikthafte Begegnung von Muslim*innen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika mit den europäischen Kolonialmächten im Kontext des Zusammenbruchs des Osmanischen Reichs im Ersten Weltkrieg zurück. Sie stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den gesellschaftlichen und politischen Umbrüchen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

5 Als »rechtsradikal« werden politisch-ideologische Einstellungen bezeichnet, die durch Rückgriff auf den ultranationalistischen Mythos eine Radikalisierung nach rechts und damit eine Revision der Verfassungswirklichkeit anstreben« (Nandlinger 2008)

6 Als rechtsextrem gelten Personen, die die fdGO ablehnen und ein autoritäres oder gar totalitäres staatliches System etablieren wollen, deren ein nationalistisches und rassistisches Gedankengut bilden und dabei auch zu Gewalt greifen würden (vgl. ebd)

Bereits im 19. Jahrhundert formierte sich als Reaktion auf die politische, ökonomische sowie soziokulturelle Kolonialisierung eine islamische Reformbewegung (vgl. bpb 2018, S. 7). Mit der Gründung der Muslimbruderschaft in Ägypten in den 1920er-Jahren nahmen die Reformbemühungen eine organisierte supranationale Form an. Seither entstanden verschiedene islamistische und auch salafistische⁷ Bewegungen, die die Ursache für die in der islamischen Welt vorherrschenden Missstände und globalen Ungleichheiten auf die Einflüsse westlicher Kulturen zurückführen. Diese Bewegungen erklären die Rückkehr zu einem vermeintlich authentischen Islam zur Lösung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme. Gemeinsam ist den heterogenen islamistischen Strömungen, dass sie »Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von Werten und Normen, die als islamisch angesehen werden« (Seidensticker 2016, S. 9) umgestalten wollen. Bis heute bietet die Sehnsucht nach einer vorimperialen, vom Westen »unkontaminierten« Zeit des Islam die Grundlage für islamistische und salafistische Gesellschaftskonzepte (vgl. bpb 2018).

Zentrales Motiv ist dabei die Rückbesinnung auf die Frühzeit des Islam sowie die Orientierung an der Lebenspraxis des islamischen Propheten Mohammed und der Urgemeinde, die aus dieser Perspektive die Wiederbelebung einer machtvollen muslimischen Identität ermöglichen. Kritisiert werden dabei nicht nur die u. a. durch die Kolonialmächte bedingten gewaltsamen und weiterhin andauernden komplexen Abhängigkeitsverhältnisse, in denen sich die Länder des Nahen und Mittleren Ostens bis heute befinden, sondern auch die Lebensbedingungen von Muslim*innen innerhalb westlicher Gesellschaften.

Untersuchte Gruppierungen

Generation Islam verbindet für Jugendliche relevante außen- und innenpolitische Themen mit onlinetechnischer Versiertheit und innovativen Storytelling-Formaten und kann 34 600 YouTube-Abonent*innen verzeichnen. Die Facebook-Seite wird sogar von über 68 000 Personen abonniert. Einzelne Videos von GI werden bis zu 312 764 Mal aufgerufen (Stand 26.11.2019).⁸ In an AJ+⁹ orientierten kurzen Videos werden Fakten zu aktuellen politischen Themen verständlich und unterhaltsam dargestellt. Darüber hinaus werden Memes¹⁰ verbreitet, die meistens Koransuren enthalten, sowie Bild-Schrift-Sound-Kombinationen, die verschiedene Themen aufgreifen. Das GI-5-Format bietet drei- bis fünfminütige Einführungen zu unterschiedlichen Themen an, so etwa fünf Fakten zu Geflüchteten oder zum Ramadan. Daneben werden auch, ähnlich der von arte produzierten Sendung »Mit offenen Karten«, Clips produziert, in denen Fragen und Konfliktlagen der Weltpolitik anhand von Landkarten analysiert werden. Neben den innovativen Formaten werden aber auch klassische Erklärvideos produziert, die vergleichsweise länger sind und in denen

7 Der Salafismus ist eine Strömung im weiteren Spektrum des Islamismus (vgl. Bauknecht 2015, S. 4).

8 Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=AguGsK5VgLU> [Zugriff: 29.11.2019].

9 AJ+ ist ein online-Nachrichtenkanal des Medienunternehmens Al Jazeera Media Network. Die von AJ+ angebotenen produzierten Beiträge sind für mobile Apps wie Facebook, Twitter, YouTube und Instagram konzipiert.

10 Die von GI produzierten Bild-, Ton-, Text- oder Videodateien in Form von Memes transportieren entgegen des Nutzungstrends keine humoristischen, satirischen oder schockierenden Inhalte. Sie dienen lediglich der Selbstdarstellung der Gruppe sowie der Verbreitung ihrer Ideologie.

theologische Fragen diskutiert werden. Zudem produzieren GI-Autor*innen selbst lange Artikel und Analysen zu politischen Themen mit Quellenangaben (NYT, Guardian u. ä.), die vermutlich die vermeintliche Objektivität der Artikel unterstreichen sollen. Es ist anzunehmen, dass die Produzent*innen versuchen, als seriöse Nachrichtenquelle anerkannt zu werden. So werden etwa Ausschnitte aus Reportagen von bspw. CNN, Artikel aus Zeitungen und Magazinen wie Spiegel, Stern oder Finanznet.com geteilt.

Pierre Vogel gehört zu den bekanntesten salafistischen Predigern. Von Jugendlichen, die ihm folgen, wird er als lockerer, witziger, charismatischer Unterhalter angesehen, der gegen das politische und in Deutschland in Form der etablierten Islamverbände repräsentierte Establishment rebelliert, die Sprache der Jugendlichen spricht, ihre Alltagsprobleme versteht und entsprechende Lösungsansätze bietet (vgl. Wiedl 2017, S. 180). Vogel war in der Vergangenheit auf mehreren Social-Media-Kanälen aktiv. Seit September 2019 ist er, vermutlich aufgrund der Löschung seines Facebook-Accounts und der Sperrung seiner Website, vor allem auf YouTube und Instagram aktiv.

Der Prediger Ahmad Armih alias **Ahmad Abul Baraa** hat als Imam der as-Sahaba-Moschee in Berlin Aufmerksamkeit erlangt. Abul Baraa und die Sahaba-Moschee werden sowohl vom Verfassungsschutz als auch in Medienberichten (vgl. Krätzer 2018) immer wieder mit dschihadistischen Positionen in Verbindung gebracht und in den Graubereich zwischen politischem und dem dschihadistischen Salafismus eingeordnet. Abul Baraa ist auf den gängigen Social-Media-Kanälen aktiv, wo er vorrangig Lehrvideos zu theologischen Themen veröffentlicht und lebensweltbezogene, für Jugendliche relevante Fragen beantwortet.

Gesellschaftskritik spielt auch **innerhalb rechtsextremer Ideologien** eine zentrale Rolle. Völkische und kulturrassistische¹¹ Gruppen agitieren in diesem Zusammenhang gegen die demokratische Gesellschaftsordnung und den darin errungenen Grundrechten und -freiheiten (vgl. Häusler/Kellershohn 2018, S. 6). Bezugnehmend auf antidemokratische Theoretiker*innen der Weimarer Republik mobilisieren ihre Vertreter*innen gegen Pluralismus in demokratischen Gesellschaften und rücken Homogenitätsvorstellungen und völkisch-nationales Denken in das Zentrum öffentlicher Diskurse.

Exemplarisch für rechtsextreme Online-Akteure werden die Inhalte der *Identitären Bewegung (IB)* und des Videoblogs *Laut Gedacht* von Philip Thaler und Alex Malenki analysiert.

11 Kultureller Rassismus bezeichnet die Auffassung, dass Rasse heute »als Kultur kodiert« wird und dass »das zentrale Merkmal dieser Prozesse darin besteht, die Eigenschaften von sozialen Gruppen zu fixieren, zu naturalisieren und in einen pseudobiologisch definierten Kulturalismus einzubetten« (vgl. John Solomos/Les Back nach Fredrickson 2004).

Beide Gruppen zählen zu rechtsextremen Strömungen im Spektrum der »Neuen Rechten«¹² und bedienen sich einer modernen jugendlichen Ästhetik-, Symbol- und Bildersprache. Damit möchten sie sich vom alten rechtsextremistischen Sprachdiskurs abgrenzen, transportieren aber letztlich ähnliche Inhalte. Als ideologie- und strategiebildende Instanz verbinden sie rechtsextreme Akteur*innen mit solchen aus dem nationalkonservativen Spektrum (vgl. Pfeiffer 2019, S. 16 – 17) und können für manche Jugendliche und junge Erwachsene, die sich selbst nicht als rechts einordnen würden, attraktiv sein. Neben dem offiziellen YouTube-Kanal der IB Deutschland, der 21 700 Abonnenten (Stand 08.11.2019) verzeichnet, betreiben weitere Untergruppen auf Länder- und Stadtebene Kanäle. Einzelne Videos werden bis zu 73 379 Mal aufgerufen.¹³

Die Macher des Videoblogs *Laut Gedacht*, die mitunter als Vertreter*innen einer *Nipster-Szene* (Nazi-Hipster) beschrieben werden, bedienen sich jugendkultureller Referenzen und geben sich dementsprechend jung und hip. In ihrem professionell produzierten Videoblog veröffentlichen sie wöchentlich Beiträge zu aktuellen, politisch relevanten Themen. Ihr YouTube-Kanal weist 50 900 YouTube-Nutzer*innen auf. Einzelne Videos wurden bis zu 194 532 Mal¹⁴ aufgerufen (Stand 14.10.2019), der Kanal wird von dem rechtsextremen Verein Einprozent finanziert (vgl. Brinker/Dittrich 2016).

Zusätzlich werden gesellschaftskritische Aussagen der Partei Alternative für Deutschland (AfD) besprochen.

Kapitalismus- und Globalisierungskritik

Bereits Hassan al-Banna und Sayyid Qutb, die als historische Vordenker aktueller islamistischer Strömungen bezeichnet werden können, haben sich zugunsten eines dritten Weges für islamische Gemeinschaften gegen sozialistische und kapitalistische Systeme eingesetzt. Es verwundert daher nicht, dass bis heute *»Überlegungen zu brennenden sozialen Fragen in den jeweiligen Gesellschaften und wie diese gelöst werden«* (Mustafa 2014, S. 12) wesentlicher Bestandteil der Programmatik islamistischer Parteien und Gruppierungen sind. Ausgangspunkt für die Entwicklung einer solchen Programmatik sind wirtschafts- und sozialpolitische Leitlinien innerhalb islamischer Denksysteme. So etwa die *»obligatorische Abgabe - >>Zakat<< - eines Teils des Vermögens an Bedürftige sowie das von koranischen Bestimmungen abgeleitete Recht auf Privateigentum«* (ebd., S. 158), wonach *»die Verfügungsgewalt über öffentliche Güter wie Wasser und Bodenschätze nicht in private Hände fallen dürfe«* (ebd., S. 160).

12 Unter »Neue Rechte« werden verschiedene Strömungen der Rechtsextremen bezeichnet. Im weiteren Textverlauf werden die Bezeichnungen »Neue Rechte« und »rechtsextrem« synonym verwendet, weil die Selbstbezeichnung »Neue Rechte« von den Akteur*innen strategisch genutzt wird, um nicht offensichtlich rassistisch zu erscheinen und dadurch auch Menschen aus der gesellschaftlichen Mitte zu erreichen. Die Verwendung des Begriffs »rechtsextrem« soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass rechtsextreme Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft reichen. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018 macht deutlich, dass rechtsextreme und autoritäre Einstellungen großen Zuspruch erfahren. Die rechtsextremen Einstellungen äußern sich mitunter darin, dass fast jeder Dritte »ausländerfeindliche« Positionen vertritt (vgl. Decker/Brähler 2018).

13 Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=smRj9Erq8Y4> [Zugriff: 28.11.2019].

14 <https://www.youtube.com/watch?v=KXWjNjs8-cc> [Zugriff: 28.11.2019].

In Deutschland aktive islamistische Gruppierungen wie Generation Islam thematisieren im Kontext ihrer Gesellschaftskritik die negativen Folgen von Kapitalismus und Globalisierung sowie die damit in Zusammenhang gebrachte internationale Ungleichheit. Bezugnehmend auf mehrere Berichte von der Hilfsorganisation Save the Children schreiben bspw. die Autor*innen unter dem Titel »Kinder – Die leidtragendsten Opfer des Kapitalismus«, »dass diese Probleme in ihrem Ursprung in der kapitalistischen Ideologie und den westlichen Staaten zu suchen sind. Die westlichen kapitalistischen Staaten sind es nämlich, die seit jeher die dritte Welt brutal ausbeuten und #Diktatoren unterstützen, damit sie selber im Wohlstand leben können.«¹⁵

In Zusammenhang mit der Kapitalismus- und Globalisierungskritik werden auch innen- und außenpolitische Entscheidungen westlicher Regierungen gebracht, die hier für Missstände in der arabischen und islamischen Welt verantwortlich gemacht werden. Konkret wird dabei auf Drohneneinsätze¹⁶ oder Waffenexporte an autoritäre Staaten wie Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE)¹⁷ hingewiesen (siehe Abbildung 1).

Eine besondere Rolle spielt dabei auch die Verfolgung und Unterdrückung von Muslim*innen sowie die Rolle westlicher Regierungen in Konflikten und Kriegen in arabisch-islamischen Ländern wie Afghanistan, dem Irak, Syrien, Jemen und Israel/Palästina. So schreibt GI in einem Kommentar zu einem Foto von einem unterernährten jemenitischen Kind am 29.09.2019 auf Facebook: »Die #USA, #Großbritannien und #Frankreich haben sich an Kriegsverbrechen im #Jemen beteiligt, indem sie der saudischen Koalition (...) militärische, geheimdienstliche und logistische Unterstützung anbieten.«¹⁸

Ausgangspunkt dieser Darstellung ist die reale Verantwortung, die westlichen Staaten für Kriege wie im Jemen zukommt. Die Kritik dient dabei allerdings nicht als Grundlage, um eine Änderung der dahinterstehenden Politik einzufordern, sondern dient einer pauschalen Abgrenzung gegenüber dem Westen und der Konstruktion einer muslimischen Gemeinschaft, die von »dem Westen« bedrängt und bekriegt wird. Die Tatsache, dass auch islamische Regime wie das Königreich Saudi-Arabien an diesem Konflikt beteiligt sind, steht zu dieser Interpretation nicht im Widerspruch; auch diese Regime gelten danach als »nicht-islamisch«



Abbildung 1
Kritik einer islamistischen Gruppierung an deutschen Waffenexporten.
Quelle: Generation Islam

15 <http://generation-islam.de/kinder-die-leidtragendsten-opfer-des-kapitalismus> [Zugriff: 28.11.2019].

16 Vgl. <http://generation-islam.de/der-krieg-gegen-den-terror-als-profitables-geschaef> [Zugriff: 28.11.2019].

17 Vgl. <http://generation-islam.de/immer-wieder-genehmigt-berlin-waffenexporte-nach-saudi-arabien> [Zugriff: 28.11.2019].

18 https://www.facebook.com/genislam1/posts/2485836331535694?__tn__=K-R [Zugriff: 28.11.2019].

und zählen ebenso wie westliche Gesellschaften als Beleg für die Notwendigkeit, zu einem vermeintlich wahren und authentischen Islam zurückzukehren.

Mit diesen Darstellungen verbunden ist häufig die Kritik an **Doppelstandards**, die der westlichen Staatengemeinschaft vorgeworfen werden. Während Muslim*innen in westlichen Ländern immer daran gemessen würden, inwieweit ihre Religiosität mit den Standards liberaler demokratischer Gesellschaften übereinstimme, würden in der Außenpolitik Menschenrechtskriterien nur selektiv angewandt (vgl. Günther et al. 2016, S. 7f.).

Kapitalismus- und Globalisierungskritik sind auch Teil rechtsextremer gesellschaftskritischer Narrative. Gegenwärtig kann beobachtet werden, dass unterschiedliche rechtsextreme Strömungen versuchen, die »soziale Frage« zu besetzen und dabei auf völkische Kapitalismus- oder Globalisierungskritik zurückgreifen. Globalisierungskritisch gibt sich in diesem Zusammenhang zum Beispiel die Identitäre Bewegung (IB) mit folgendem Tweet: »Die Globalisierung kennt keine Völker mehr, nur noch Märkte. Sie kennt keine Kulturen mehr, nur noch »Multikulti«. Sie kennt keine Menschen mehr, nur noch Konsumenten und Humankapital. Die Multikulturalisten sind ihre Erfüllungsgehilfen. Wir sind das Gegengift. #Kontrakultur.«¹⁹ Mit der kritischen Verwendung des Begriffs Humankapital bedient sich die IB eines kapitalismuskritischen Narrativs, das vorgibt, die Reduzierung des Individuums auf einen ökonomischen Faktor zu hinterfragen. Für Björn Höcke, den Mitbegründer der rechtsnationalistischen AfD-Strömung »Flügel«, ist hingegen die »Soziale Frage der Gegenwart (...) nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, unten nach oben, jung nach alt oder alt nach jung. Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen.«²⁰ Höckes Zitat verdeutlicht zugleich die widersprüchliche Haltung der Partei zu neoliberalen Wirtschaftsvorstellungen. Die »soziale Frage« wird nicht mehr an Umverteilungsfragen von »vermögend« und »arm« geknüpft, sondern primär mit einer angeblichen Bedrohung von außen in Verbindung gesetzt. »Die Rechte kann, wie Höckes Sprache zeigt, hier eingängige Feindbilder nutzen: unter ›Außen‹ kann das Publikum Geflüchtete ebenso verstehen wie die transnationalen Hedge-Fonds« (Gebhardt 2018).

Damit einher geht auch die Erzählung vom »großen Austausch«, die eine staatlich geförderte, systematische Ansiedelung von Migrant*innen in Europa behauptet. Demnach habe »sich eine Clique aus profitgierigen Wirtschaftsgrößen, Politikern, Multikulti-Ideologen, Medien,



Abbildung 2

Der »große Austausch«, Beispiel einer rechtsextremen Verschwörungstheorie.

Quelle: Identitäre Bewegung

19 <https://twitter.com/ibdeutschland/status/958359207937564676> [Zugriff: 28.11.2019].

20 <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/posts/1698077077100238/> [Zugriff: 28.11.2019].

Kirchenvertretern und Migrantenlobbys innerhalb eines liberal-kapitalistischen Systems«²¹ versprochen, und zwar »gegen die Völker Europas! Denn in einer Welt, in der der Mensch nur »Human Capital« bedeutet, also lediglich einen ökonomischen Wert besitzt und man ihn zu profitabler Gewinnmaximierung nach Belieben hin und her schieben kann – in so einer Welt ist die Vorstellung von freien, souveränen Völkern natürlich ein gewaltiger Dorn im Auge.«²² Verbreitet wird damit eine offen ablehnende Haltung gegenüber Migration in Verbindung mit einem kulturalistischen Gesellschaftsbild (siehe Abbildung 2). Verknüpft wird das mit einem diffusen Antikapitalismus bei gleichzeitiger Betonung einer quasi natürlichen Gemeinschaft, die es gegen die Gefahren von Globalisierung und Markt zu verteidigen gelte.

Demokratiekritik und Rassismus

Die Krisen und Konflikte des Nahen und Mittleren Ostens verbinden Islamist*innen mit persönlichen Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen von Muslim*innen. »Wahre« Muslim*innen, so ihre Deutung, würden von Nichtmuslim*innen verfolgt und unterdrückt. Der salafistische Prediger Pierre Vogel sagt dazu bspw. in einem Vortrag vom 13.01.2018: »Wir leben in einer Zeit, in der der Islam angegriffen wird. Sei es mit Waffen, sei es mit Propaganda, im Internet, Fernsehen, in der Zeitung. In den letzten 100 Jahren wurden 60.000 Bücher gegen den Propheten Mohammed geschrieben. Tausende Internetseiten sind gegen den Islam. Die westliche Welt ist gegen den Islam.«²³

Prominent sind in diesem Zusammenhang Aussagen, die suggerieren, dass die in pluralen Demokratien verankerten Freiheiten nur denjenigen zugesprochen werden, die sich der Mehrheitsgesellschaft anpassen. So gäbe bspw. die deutsche Bundesregierung vor, Bürger*innen hätten unabhängig von Herkunft und sozialem Status die gleichen Teilhabechancen. Dieses Versprechen werde aber nicht eingehalten. Deutlich wird diese Argumentation u. a. in der von GI initiierten Twitter-Kampagne #NichtOhneMeinKopftuch, die sich gegen Forderungen nach einem Kopftuchverbot von Schülerinnen richtet (siehe Abbildung 3). GI

schreibt dazu am 02.07.2019 auf Twitter: »Sich penetrant für ein Verbot einsetzen, das offen der eigenen Verfassung widerspricht, aber dann immer wieder davon reden, dass die Muslime sich zu



Abbildung 3

Beispiel für eine islamistische Hashtag-Kampagne gegen ein gesetzliches Kopftuchverbot.
Quelle: Generation Islam

21 <https://blog.identitaere-bewegung.de/der-grosze-austausch-deraustausch/> [Zugriff: 31.07.2018].

22 Ebd.

23 <https://www.facebook.com/PierreVogelOffiziell/videos/1626623454084048/> [Zugriff: 18.07.2018].

hiesigem Recht zu bekennen haben.«²⁴ Im Mittelpunkt steht dabei die Kritik an Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen, die den gesellschaftlichen Anspruch, eine Demokratie zu sein und Diversität zu leben, widerlegen. Die Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen würden dadurch als Ausdruck einer grundsätzlichen Ablehnung des Islam entlarvt. Menschenrechte und Demokratie seien danach lediglich Instrumente, um machtpolitische Interessen zu verschleiern und den Anspruch moralischer Überlegenheit zu begründen.

Ähnlich funktionieren rechtsextreme Argumentationen, die den Grund für tatsächliche oder imaginierte gesellschaftliche Missstände auf gesellschaftliche Pluralität zurückführen. Hierfür operieren sie mit Begriffen wie »Masseneinwanderung«, »Migrationsstrom« oder »Remigration«. Unter den verschiedenen rechtsextremen Akteur*innen gibt es in diesem Zusammenhang unterschiedliche Herangehensweisen. Während die AfD unter dem Vorwand vermeintlicher Religionskritik rassistische Narrative verbreitet, distanziert sich die IB von »Islamkritik«: *»Nicht im Islam als Religion liegt der Grund der Islamisierung, nicht mit einer aufklärerischen Religionskritik ist ihm beizukommen. Ihr Grund ist die islamische Masseneinwanderung und der kulturelle Selbsthass, der Selbstverlust des Europäers. Die Islamisierung kann nicht mit einer Wiederbelebung des Liberalismus, als heroischer »law & order« Neokonservatismus bezwungen werden, sondern nur mit einer identitären Besinnung Europas, die als bewegenden Mythos eine Rückaneignung seiner ethnokulturellen Identität braucht.*«²⁵

In der rassistischen Logik der IB wird also nicht der Islam als Religion abgelehnt, sondern das Ausleben nichtchristlicher Kulturen auf europäischem Boden. Grundannahme der Argumentation ist die Unüberwindbarkeit vermeintlich natürlicher Unterschiede von ethnisch definierten Menschengruppen. Um gegen eine vermeintliche Bedrohung von außen zu bestehen, müsse die jeweilige Gruppe homogen bleiben.

Wertekritik

Im Zentrum islamistischer Wertekritik stehen in demokratischen Gesellschaftssystemen anerkannte Werte und Normen, wie etwa Individualismus und individuelle Selbstbestimmung. Islamist*innen betonen in dem Zusammenhang etwaige negative Folgen dieser Werte. So postete die Facebook-Initiative Islamische Fakten, die auf Facebook 255.111 Abonnent*innen hat, ein Foto mit der BILD-Schlagzeile »Rentner wird nach 8 Jahren tot zu Hause aufgefunden«. Kommentiert wird der Post mit der Kritik am Individualismus und Materialismus, an der Auflösung klassischer Familienstrukturen, dem Umgang mit älteren Menschen und deren Vereinsamung: *»Alte Menschen lebten früher bei ihren Kindern, aber durch die individualistische Ideologie des Kapitalismus sind die menschlichen Beziehungen auf Zweckbeziehungen degradiert worden.*«²⁶ Im Gegensatz dazu stehe der Islam für eine Gesellschaftsordnung, in der

24 <https://twitter.com/genislam1/status/1135300933347401734> [Zugriff: 03.11.2020].

25 <https://www.identitaere-bewegung.de/blog/kritik-der-islamkritik/> [Zugriff: 28.11.2019].

26 <https://www.latest.facebook.com/islamischefaktenoffiziell/photos/a.1905155026426656/2429016157373871/?type=3&theater> [Zugriff: 28.11.2019].

grundlegende Werte wie Gemeinschaft, der Schutz der Familie, Respekt vor und Verpflichtung gegenüber Älteren oder Barmherzigkeit und Sorge für Arme gewahrt würden. So verpflichte der Islam Kinder beispielsweise dazu, »ihre Eltern mit Güte zu behandeln und sich um sie zu sorgen, wenn sie alt sind. Eine simple aber sehr effektive Lösung mit einer Win-Win Wirkung.«²⁷

In diesem Sinne appelliert auch der salafistische Prediger Pierre Vogel in einem am 08.02.2018 veröffentlichten Webvortrag dafür, einem drohenden gesellschaftlichen Verfall durch die Gründung von muslimischen Familien entgegenzuwirken: »Heiratet und bekommt viele Kinder!!!«, da »diese Gesellschaft am Rande der Zerstörung [ist], weil durch die Ideologie der Selbstverwirklichung die Familie massiv« angegriffen werde.²⁸ Auch stehe die Rückkehr zum Islam und zu islamischen Werten als einzige Alternative zu einer vermeintlich »westlichen Gesellschaft«, die von Konsum, Egoismus und Werteverfall geprägt sei. In islamistischer Gesellschaftskritik wird damit auch die Ablehnung von Konsum und der Orientierungen an materiellen Werten verbunden. Konsum, so die islamistische Auslegung, werde als Ersatz für Sinn und Glück eingesetzt. Zudem werde die Aufmerksamkeit der Menschen statt auf den Glauben auf den Materialismus gelenkt. In verschiedenen Reden kritisieren salafistische Prediger wie Abul Baraa das Streben nach Statussymbolen, wie schnellen Autos, Handys und Geld, und warnen mit Verweis auf die Höllenqualen davor, sich im Diesseits diesen Gelüsten hinzugeben.²⁹

Einer ähnlichen Argumentationslogik wird innerhalb **rechtsextremer Wertekritik** gefolgt. Für einen vermeintlichen Kultur- und Werteverfall werden hier konkret die kulturellen Errungenschaften der 68er herangezogen. Als Folge einer »Laissez-faire«-Bewegung sei die Gesellschaft kulturell indifferent geworden. Feste Bindungen würden durch lose Beziehungen und willkürliche sexuelle Praktiken ersetzt. Infolgedessen gäbe es keine Wertmaßstäbe mehr, die Grenzen zwischen »gut« und »böse« seien verwischt, die Menschen einsam und orientierungslos. Sie trügen durch die mangelnde Reproduktion zum Niedergang europäischer Kulturen bei (vgl. Czymmek 2018, S. 181). Damit einher gehe der Verlust von Pflicht- und Akzeptanzwerten wie Disziplin, Pflichterfüllung, Treue, Unterordnung, Fleiß und Bescheidenheit sowie die Fähigkeit, zwischen »gut« und »böse« unterscheiden zu können. Diese anarchischen Zustände müssten durch eine »geistig-moralische« Wende, eine Rückkehr zu transzendenten Werten und zum kämpferischen »Heroismus« überwunden werden (vgl. Kandel 2000, S. 55).

Kritik an pluralen Gender-/Geschlechterrollen

Die im Westen erkämpften Rechte emanzipativer Bewegungen sind ein wesentliches Ziel islamistischer Gesellschaftskritik. Vor allem werden in diesem Zusammenhang die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern sowie die Infragestellung heteronormativer Werte kritisiert. Der islamistischen Erzählung nach gibt es eine gottgewollte biologische Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, die eine unterschiedliche Stellung innerhalb der Gesellschaft begründet.

27 Ebd. [Zugriff: 28.11.2019].

28 Vgl. <https://www.facebook.com/PierreVogelOffiziell/videos/1626646124081781/> [Zugriff: 14.08.2018].

29 Vgl. <https://www.facebook.com/Ahmadabulbaraa/videos/910488969319616/> [Zugriff: 28.11.2019].

Wie in allen patriarchalen Gesellschaftsvorstellungen ist die Frau dem Mann innerhalb dieses Denksystems nachgeordnet. Exemplarisch steht dafür die Antwort Abul Baraas auf die Frage, welche Aufgabe eine Frau einem Mann gegenüber zu erfüllen hat. Abul Baraas Auslegung des Koran und der Sunna zufolge, also der Erzählungen aus dem Leben des Propheten Mohammeds, ist es die Aufgabe der Frau, dem Mann zu gehorchen.³⁰ Eine Gleichstellung von Geschlechtern sowie die Anerkennung von pluralen Geschlechtsidentitäten stehen aus islamistischer Perspektive im Widerspruch zur gottgewollten menschlichen Natur und bilden damit eine Gefahr für die Gesellschaft. Sie führten zum Rückgang der Geburtenrate und letztlich zum Aussterben ganzer Gesellschaften.

Antifeministische und homo-, bi-, queer-, inter- und transphobe Erzählungen sind auch ein großer Teil rechtsextremer Gesellschaftskritik. Konkret wird gegen das *Gender Mainstreaming*, also die Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter sowie pluralisierte sexuelle Lebens- und Familienformen, agitiert.

Auch hier wird auf ein biologistisch begründetes patriarchales Gesellschaftsbild rekurriert, das die hierarchischen Positionen innerhalb einer Gesellschaft, klassische Rollenzuteilungen und die vermeintlich natürlichen Geschlechterbeziehungen legitimiert. Gegen dieses, so die Erzählung, wolle der linke Mainstream mittels Indoktrinierung vorgehen: Unter dem Titel »Genderterror aus den Köpfen« berichtet die IB am 22.06.2015 über eine Demonstration (siehe Abbildung 4): »Wie auch in anderen Bundes-



Abbildung 4
Gender-Mainstreaming, für Rechtsextreme eine Verschwörung der Gesellschaft gegen sie.
Quelle: Identitäre Bewegung

ländern versucht die Gender- und Homo-Lobby ihre Agenda voranzutreiben. Überall im Land soll die verbindliche Thematisierung von Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität in den Schulen umgesetzt werden. Gegen dieses Vorhaben einer Indoktrinierung unserer Kinder formiert sich jedoch starker Widerstand, denn man hat die perfide Absicht hinter der Fassade der »Toleranz« erkannt.«³¹ Mit diesen und ähnlichen Formulierungen wird suggeriert, dass Menschen die heteronormative Geschlechterordnungen und -beziehungen ausleben, benachteiligt und ausgegrenzt würden. In Abgrenzung zum vermeintlichen »linken Mainstream« wird zudem ein Leben entsprechend der vorgeblich naturgegebenen Rollenvorstellungen als das wirklich »Radikale« inszeniert und damit an jugendliche Bedürfnisse nach Abgrenzung angeknüpft.

30 <https://www.facebook.com/Ahmadabulbaraa/videos/1858910637734404/> [Zugriff: 28.11.2019].

31 <https://blog.identitaere-bewegung.de/genderterror-raus-aus-den-koepfen/> [Zugriff: 28.11.2019].

Medienkritik

Islamistische Gesellschaftskritik beinhaltet eine deutliche Abgrenzung von medialen Diskursen. Islamistische Gruppierungen kritisieren die Medien vorwiegend aufgrund der medialen meist negativ konnotierten Darstellung von Muslim*innen (siehe Abbildung 5). Einer der Akteure, der sich intensiv mit diesem Thema befasst, ist der salafistische Prediger Pierre Vogel. Zwischen dem 05.01.2018 und dem 16.02.2018 postete Vogel auf Facebook mehrere Beiträge, in denen hauptsächlich über Kindesmissbrauch sowie familiäre Gewalt durch Nichtmuslim*innen berichtet wird. In seinen Kommentaren zu den jeweiligen Artikeln weist er immer darauf hin, dass die Berichterstattung und der öffentliche Diskurs darüber anders verlaufen würden, wären die Täter*innen Muslim*innen oder Migrant*innen. So schreibt er am 02.02.2018 in einem Kommentar zum MAZ-online-Artikel über einen Dreifachmörder: »Woran denkt man, wenn man hört, dass ein Mann eine Frau aus seiner Familie getötet hat? Die Hetze der Islamhasser hat es geschafft, dass sofort der erste Gedanke bei solchen Verbrechen »Bestimmt ein Ehrenmord« ist.«³² In dieser Medienkritik wird nicht selten auch an antisemitische Verschwörungstheorien anknüpft. Beispielhaft dafür steht folgendes Zitat aus einem am 27.01.2018 veröffentlichtem Vortrag Abul Baraas, in dem er von einer angeblich von jüdischen Inhaber*innen kontrollierten Presse spricht: »Sie haben kein Problem damit uns Salafisten zu nennen, sie haben kein Problem damit uns Terroristen zu nennen (...) wer sie aufgehetzt hat, ist die zionistische Presse (...).«³³



Abbildung 5
Instrumentalisierung moderater Gesellschaftskritik durch eine islamistische Gruppierung.
Quelle: Generation Islam

Während Islamist*innen die durchaus legitime Kritik an der häufig negativen Darstellung von Muslim*innen für ihre Zwecke instrumentalisieren, wird von Rechtsextremen den Medien unterstellt, Sprachrohr der Regierung zu sein. Mit der Verbreitung des Schlagwortes »Lügenpresse« wird die Glaubwürdigkeit der freien Presse systematisch untergraben und suggeriert, dass die Meinungsfreiheit gefährdet sei (siehe Abbildung 6). Beispielhaft dafür ist eine am 03.05.2019 erschienene Folge im neurechten Videoblog Laut Gedacht mit dem Titel »Hass

32 Vgl.: <https://www.facebook.com/15628277118131/posts/1668507093229017> [Zugriff: 28.07.2018]

33 Ebd.

im Staatsfunk – Böhmermanns Reconquista Internet«. Die Folge hat u. a. die Programmankündigung des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) auf Twitter zum Thema. Am 17.04.2018 veröffentlichte die MDR-Sachsen-Redaktion den Tweet »Darf man heute noch »N****«³⁴ sagen? Warum Ist politische Korrektheit zur Kampfzone geworden?«³⁵ Nach massiver öffentlicher Kritik wurde die Sendung abgesagt. Bezugnehmend auf die Geschehnisse wird in der Folge suggeriert, dass die Meinungsfreiheit in Gefahr sei, auch durch »gebührenfinanzierte Akteure vom Staatsfunk«³⁶ wie Jan Böhmermann. Als Satire getarnt, werden die Zuschauer*innen in der Sendung dazu aufgerufen, sich für »Reconquista Germanica«, einem verdeckt operierenden Netzwerk von rechtsextremen Internettrollen, zu engagieren.



Abbildung 6

Wie die Forderung nach Meinungsfreiheit von Rechtsextremen zur Agitation genutzt werden kann.

Quelle: Identitäre Bewegung

³⁴ Aufgrund der despektierlichen Natur des N-Wortes wird auf die Reproduktion verzichtet.

³⁵ https://twitter.com/MDR_SN/status/986177099353460736/photo/1 und <https://meedia.de/2018/04/18/darf-man-heute-noch-neger-sagen-mdr-sachsen-setzt-radiosendung-ueber-politische-korrektheit-nach-kritik-ab/> [Zugriff: 28.11.2019].

³⁶ https://www.youtube.com/watch?v=_J921BfNxeo [Zugriff: 27.01. 2020].

Empfehlungen

Förderung kritischer politischer Bildung

Angesichts des oben dargestellten politischen und gesellschaftlichen Nährbodens für extremistische Ideologien bedarf es grundsätzlich der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemlagen und Missständen und damit eventuell verbundenen politischen Gegenmodellen.

Seit dem Beutelsbacher Konsens von 1976 stehen Pädagog*innen immer wieder vor der Frage, wie kritisch politische Bildung sein kann. Antwort darauf gibt die Analyse von Hendrik Cremer vom Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR): *»Lehrer*innen haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, für die Grundprinzipien der Grund- und Menschenrechte einzutreten«* (Cremer 2019, S. 20).

Auch die Amadeu Antonio Stiftung stärkt diese Position in ihrer Publikation *»Demokratie in Gefahr: Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD«*. Im Kapitel *»Zwischen Neutralität und Demokratiefeindlichkeit: die AfD und Schule«*³⁷ wird konkret darauf eingegangen, wie Pädagog*innen den Beutelsbacher Konsens einhalten und trotzdem Haltung zeigen können.

Das Monopol auf Kapitalismuskritik sollte in diesem Zusammenhang nicht Extremist*innen überlassen werden. Gesellschafts- und Machtkritik ist kein Anzeichen für Radikalisierung. Vor diesem Hintergrund kann auch verdeutlicht werden, dass politische Bildung trotz des Neutralitätsgebots grundsätzlich nicht neutral ist. Sie findet häufig vor dem Hintergrund konkreter politischer und gesellschaftlicher Konflikte statt, über die sich Machtverhältnisse sowie systemimmanente strukturelle Teilhabebarrrieren zeigen. Dabei verfolgt sie das normative Ziel, dass die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen *»die Ebene der institutionalisierten politischen Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung erreichen«* (Niehoff 2017, S. 197). Deswegen ist es für sie ein wichtiges Ziel, auch marginalisierte Perspektiven sichtbar zu machen und konstruktiv-kritische Reflexionen über den gesellschaftlichen Status quo anzustoßen.

> Das Neutralitätsgebot in der Bildung

Analyse und Hinweise zum Umgang mit rechtspopulistischen Positionen

<https://rise-jugendkultur.de/material/analyse-das-neutralitaetsgebot-in-der-bildung/>

> Demokratie in Gefahr

Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD

<https://rise-jugendkultur.de/material/demokratie-in-gefahr-handlungsempfehlungen-zum-umgang-mit-der-afd/>

> Protest, Provokation oder Propaganda?

Handreichung zum Thema salafistische Ideologie

<https://rise-jugendkultur.de/material/protest-provokation-oder-propaganda/>

Stärkung von Medienkompetenz

Extremistische Gruppierungen nutzen soziale Medien, um Jugendliche gezielt anzusprechen. Oft nutzen sie dafür jugendaffine Formate, wie beispielsweise Memes, und innovative Storytelling-Formate oder machen Anleihen in der Popkultur. Auf diese Weise kommen viele Jugendliche mit Inhalten in Kontakt, wie sie beispielhaft in Kapitel 3 vorgestellt wurden. In den meisten Fällen sind diese Inhalte nicht jugendschutz- oder strafrechtlich relevant, sondern durch das Recht auf Meinungsfreiheit geschützt (vgl. Nordbruch/Asisi 2019). Sie lassen sich als Kommentare auf das Zeitgeschehen beschreiben, können aufgrund der Verweisstrukturen in sozialen Medien aber auch schnell auf Fake News und Verschwörungstheorien weiterleiten.

Es gehört zu den aktuellen Aufgaben von Pädagogik, Jugendliche zu einem kompetenten Umgang mit diesen Inhalten zu befähigen. Medienkompetenz ist in diesem Zusammenhang ein Schlüsselbegriff. Ein kompetenter Umgang mit Medien ermöglicht es Jugendlichen, auch problematische Inhalte reflektiert zu nutzen und entsprechend ihrer Bedürfnisse zu verwenden. Denn Medien sind nicht nur Mittler von Kommunikation, sondern auch ein wichtiges Kommunikationsmittel, mit dem sich Jugendliche in die Gesellschaft einbringen können. Für die pädagogische Arbeit bedeutet dies, dass neben der Vermittlung von Wissen sowie der Ermöglichung von Reflexion auch das kreative und partizipative Handeln mit Medien eine wichtige Rolle spielen sollte. Wissen über Medien, Reflexion über Medieninhalte und das selbstbestimmte Handeln mit Medien ermöglichen es Jugendlichen, sich in der Angebotsvielfalt entsprechend ihrer Bedürfnisse zu orientieren und dieser kritisch zu begegnen (Schorb 2017).

> **Mit Memes gegen Islamismus?**

Materialien für die politische Medienbildung

<https://rise-jugendkultur.de/material/mit-memes-gegen-islamismus-materialien-fuer-die-politische-medienbildung-mit-jugendlichen/>

> **Salafismus Online**

Propagandastrategien erkennen, Manipulation entgehen

<https://rise-jugendkultur.de/material/salafismus-online-propagandastrategien-erkennen-manipulation-entgehen/>

Reflexionsräume schaffen

Schulische und außerschulische politische Bildung kann Räume für die Artikulation von politischen Themen bieten, in denen Jugendliche ihre Perspektive auf für sie relevante gesellschaftliche und politische Frage- und Problemstellungen einbringen. Die Herausforderung für Pädagog*innen liegt darin, die Perspektiven von Jugendlichen nicht vorschnell zu werten oder sie zu unterweisen. Dies kann besonders dann schwerfallen, wenn die geäußerten Meinungen mit den eigenen Wertvorstellungen nicht übereinstimmen.

So können Jugendliche mitunter Positionen wiederholen, die denen aus Kapitel 3 ähneln. Das auszuhalten ist nicht immer einfach. Ziel ist es deswegen, ein pädagogisches

Setting zu schaffen, in dem solche Gedanken und Überzeugungen in ihrer Problematik besprochen und bewusst gemacht werden können. Wichtig ist es, den lebensweltlichen Bezug der Äußerungen der Jugendlichen gemeinsam mit ihnen herauszuarbeiten. Ausgehend davon lassen sich unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten diskutieren, wobei die Jugendlichen selbst angeregt werden sollten, miteinander in den Austausch zu treten. Pädagog*innen müssen dabei keine Meinung zu allen Themen haben. Sie können aber durch Nachfragen irritieren und auf verschiedene Perspektiven hinweisen. Dabei ist es wichtig, problematische Äußerungen – wie rassistische, sexistische, antisemitische, homophobe, antiziganistische und demokratiefeindliche – auch als solche zu benennen.

Bei der Vorbereitung und Durchführung eines solchen Settings gilt es, auf verschiedene Punkte zu achten: Gibt es einzelne Schüler*innen in der Gruppe, die durch die Äußerungen verletzt werden können? Kann man selbst Haltung zeigen, sich gegen Ungleichheitsideologien positionieren, aber dennoch Gespräche zulassen? Sind diese Fragen geklärt, kann ein solches Setting dazu dienen, von den Jugendlichen vertretene problematische Deutungen infrage zu stellen und verschiedene Perspektiven sichtbar zu machen.

> **Wie wollen wir leben?**

Pädagogische Filmreihe zum Thema Islam

<https://rise-jugendkultur.de/material/wie-wollen-wir-leben/>

Handlungsmöglichkeiten aufzeigen

Um nicht »nur« bei der Auseinandersetzung mit gesellschaftskritischen Positionen der Jugendlichen zu bleiben, können Pädagog*innen konkrete Handlungsmöglichkeiten anbieten. Für Jugendliche, die Gefühle von Fremdbestimmung und die Ohnmacht gegenüber strukturellen Ungerechtigkeiten benennen, ist es wichtig zu erkennen, dass sie ihre Lebenswelt eingreifend und emanzipativ verändern können. Dabei sollte jedoch eine wertschätzende (aber nicht zwangsläufig kritikfreie) Anerkennung ihrer Position mit dem Aufzeigen von Partizipationsmöglichkeiten einhergehen – besser noch: ihm vorausgehen.

Zusammen mit Jugendlichen können beispielsweise Rassismuserfahrungen in der Schule, auf dem Wohnungsmarkt oder bei der Arbeit besprochen werden, um in einem zweiten Schritt Handlungsmöglichkeiten dafür auszuarbeiten, welche legitimen Aktions- und Teilhabeformen es gibt, damit die Situation positiv verändert wird. Weiterhin können Pädagog*innen Bilder, Konzepte und Modelle heranziehen, »in denen Zukunft sichtbar« (Besand 2019, S. 184) gemacht wird. Im Sinne einer deliberativen Wertevermittlung lassen sich auch bereits auf der Ebene pädagogisch begleiteter Kleingruppen Regeln aushandeln, mit deren Hilfe Zusammenleben und der Umgang mit Diskriminierungserfahrung gestaltet werden. Auf diese Weise wird Demokratie in einem Lernprozess erlebbar, in dem Jugendliche innerhalb von Diskussionen Werte, Ansichten, Ideen und Interessen besprechen und ihre Präferenzen ausprobieren können.

- > **Wie wollen wir leben?**
Pädagogische Filmreihe zum Thema Islam
<https://rise-jugendkultur.de/material/wie-wollen-wir-leben/>
- > **Demokratiebildung gegen Hass**
Materialpaket mit grundlegenden Informationen und Methoden
<https://rise-jugendkultur.de/material/demokratiebildung-gegen-hass/>

Schüler*innen als Watchdogs

Soziale Medien ermöglichen den Zugang zu einem vielfältigen Medienangebot und spielen in jugendlichen Lebenswelten eine zentrale Rolle. Auch wenn Jugendliche klassischen Massenmedien weiterhin ein hohes Vertrauen entgegenbringen, nutzen sie Online-Medien zur Unterhaltung und Informationssuche häufiger (vgl. Schreiter 2018, S. 206f.). Dabei stoßen sie auf eine große Bandbreite an Standpunkten und Inhalten, die teilweise stark vereinfachen und die vorhandene Kritik gegenüber dem politischen Geschehen bis zur Ablehnung steigern wollen. Das gilt besonders für gesellschaftskritische Inhalte von extremistischen Gruppierungen, von denen die bestehende Ordnung grundsätzlich abgelehnt wird. Angesichts dieser Entwicklungen können pädagogische Fachkräfte in Sorge geraten, wenn sie die Äußerungen von Jugendlichen wahrnehmen, die den Massenmedien und dem Politikbetrieb mit starker Ablehnung und ausgeprägtem Misstrauen begegnen.

Das kann für die pädagogische Praxis sehr herausfordernd sein. Wichtig ist an dieser Stelle, dass Ablehnung und Misstrauen nicht per se problematisch sein müssen. Das Ziel der Auseinandersetzung ist es, über diese auf legitime Kritikpunkte zu gelangen, die sich diskutieren lassen. Eine Handlungshilfe sind in diesem Punkt die von ufuq.de ausgearbeiteten drei »As«. Problematisch wird es, wenn Abwertung, absolute Wahrheitsansprüche und antipluralistische Positionen von den Jugendlichen vertreten werden (vgl. Müller 2018). Hierauf gilt es klar zu reagieren, wohingegen Misstrauen und Skepsis als demokratische Werte anerkannt werden können. Sie lassen sich als Ausdruck kritischen Staatsbürgersinns und Zeichen konsolidierter Demokratien verstehen und anerkennen (vgl. Welzel/Dalton 2014, S. 284 und Dalton/Shin 2014 nach Suntrup 2018, S. 231).

- > **Hassrede im Netz**
Material mit praktischen Hinweisen zum Umgang mit Hatespeech
<https://rise-jugendkultur.de/material/was-tun-gegen-hassrede-im-netz/>
- > **Fake News auf der Spur**
Methoden für mehrere Unterrichtsstunden
<https://rise-jugendkultur.de/material/fake-news-auf-der-spur/>

Literaturverzeichnis & Ergänzungen

Literaturverzeichnis

Amadeu Antonio Stiftung (2019). Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Demokratie_in_Gefahr_web.pdf [Zugriff: 11.12.2019].

Artikel 21 II Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) nach <https://opiniojuris.de/entscheidung/783> [Zugriff: 11.01.2020].

Bauknecht, Berndt Ridwan (2015). Salafismus-Ideologie der Moderne. In: Bundeszentrale für politische Bildung, bpb (Hrsg.): Information zur politischen Bildung aktuell, Nr. 29/2015, Bonn.

Besand, Anja / Overwien, Bernd / Zorn, Peter (Hrsg.) (2019). Politische Bildung mit Gefühl. Vom Umgang mit Gefühlen und anderen Kleinigkeiten im Feld von Politik und politischer Bildung, Bonn: bpb.

Brinker, Trude / Dittrich, Miro (2016). Ein Prozent für unser Land. <https://www.belltower.news/ein-prozent-fuer-unser-land-ngo-der-neuen-rechten-42110/> [Zugriff: 12.11.2019].

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2018). Online-Dossier Islamismus. Was heißt Islamismus? www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36338/was-heisst-islamismus [Zugriff: 22.10.2019].

Chill, Hanni / Meyn, Hermann (1996). Funktionen der Massenmedien in der Demokratie. In: Informationen zur politischen Bildung, Heft 260, 3/1996.

Cremer, Hendrik (2019). Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien? Berlin.

Czymmek, Quint (2018). Das Geschlechterbild der Neuen Rechten: Gleichberechtigung als Bedrohung. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ).

Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hrsg.) (2018). Flucht ins Autoritäre – Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Fielitz, Maik / Ebner, Julia / Guhl, Jakob / Quent, Matthias (2018). Hassliebe: Muslimfeindlichkeit, Islamismus und die Spirale gesellschaftlicher Polarisierung, Jena/London/Berlin.

Fuhrmann, Maximilian (2019). Antiextremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstbewusstsein der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Fredrickson, George, M. (2004). Rassismus. Ein historischer Abriss. Hamburg, Hamburger Edition. <https://web.archive.org/web/20160823194146/http://www.deutschesfachbuch.de/Rassismus-Antisemitismus-Weissen-Jahrhundert-Entstehung-Register-9783930908981.html?snp=vrt> [Zugriff: 09.11.2019].

Gebhard, Gunther / Meißner, Stefan / Schröter, Steffen (2006). Kritik der Gesellschaft? / Criticism of Society? Zeitschrift für Soziologie. 35. 10.1515/zfsoz-2006-0402.

Gebhardt, Richard (2018). Was ist der »Rechtsruck«? <https://sf-rheinland.de/wp-content/uploads/2018/12/Seminar-2018-Gebhardt-Rechtsruck.pdf> [Zugriff: 09.11.2019].

Gollasch, Christoph (2019). Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen. In: Dunkel, Barbara/Gollasch, Christoph/Padberg, Kai (Hrsg.): Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen, Universitätsverlag der TU Berlin, Berlin.

Günther, Christoph / Ourghi, Mariella / Schröter, Susanne / Wiedl, Nina (2016). Dschihadistische Rechtfertigungsnarrative und mögliche Gegennarrative. In: HSK-Report Nr. 4/2016. https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/report_042016.pdf [Zugriff: 09.10.2019].

Häusler, Alexander / Kellershohn, Helmut (Hrsg.) (2018). Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung. Münster: UNRASTverlag.

Institut für Demoskopie Allensbach (2015). Vertrauen und Skepsis – Bürger und Medien. https://www.ifdallenbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Dezember2015_Medien.pdf [Zugriff: 11.01.2020].

Iser, Matthias (2004). Gesellschaftskritik. In: Göhler, Gerhard/Iser, Matthias/Kerner, Ina (Hrsg.): Politische Theorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kandel, Johannes (2000). Das »Horror-Alphabet« der »Neuen Rechten«. In: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) (Hrsg.): Neue Rechte. Was steckt dahinter? Materialien zum Rechtsextremismus, Düsseldorf.

Kohler, Berthold (2018). Phantasien der AfD. Früher nannte man das Säuberung, Frankfurter Allgemeine Zeitung. <https://www.faz.net/aktuell/politik/afd-phantasien-von-alexander-gauland-man-nannte-es-saeuberung-15773410.html> [Zugriff: 13.01.2020].

Krätzer, Ullrich (2018). Salafisten planen neue Moschee in Berlin, Berliner Morgenpost. <https://www.morgenpost.de/berlin/article214757247/Salafisten-planen-neue-Moschee-in-Berlin.html> [Zugriff: 13.10.2019].

Lösch, Bettina (2013). Was heißt »kritische politische Bildung«? In: POLIS. Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung 2/2013, S. 11–14.

Meister, Andre / Biselli, Anna / Reuter, Markus (2019). Wir veröffentlichen das Verfassungsschutz-Gutachten zur AfD, Netzpolitik.ORG. <https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/> [Zugriff: 02.01.2020].

Müller, Jochen (2018). »The Kids are all right!“ Ansätze zur Salafismusprävention in der pädagogischen Praxis. <http://www.ufuq.de/the-kids-are-alright/> [Zugriff: 25.10.2019].

Mustafa, Imad (2014). Der Politische Islam. Zwischen Muslimbrüdern, Hamas und Hizbollah. Wien: Promedia.

Nandlinger, Gabriele (2008). Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus....?. In: Dossier Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politischen Bildung (bpb). <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41312/was-ist-rechtsextrem> [Zugriff: 25.01.2020].

Niehoff, Mirko (2017). Politische Bildung und soziale Deutungsmuster zum Nahostkonflikt. Schwalbach: Wochenschau Verlag.

Nordbruch, Götz / Asisi, Pierre (2019). Legitime Fragen, problematische antworten: Islamistische Angebote in Sozialen Medien. In: merz medien + erziehung, 63 (3), S. 45–50.

Pfeiffer, Thomas (2019). »Wir lieben das Fremde – in der Fremde«. Ethnopluralismus als Diskursmuster und -strategie im Rechtsextremismus. In: Schellhö, Jennifer/Reichert, Jo/Heins, Volker M./Flender, Armin (Hrsg.): Großerzählungen des Extremen: Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror, Bielefeld: transcript.

Reinemann, Carsten / Nienierza, Angela / Fawzi, Nayla / Riesmeyer, Claudia / Neumann, Katharina (2019). Jugend – Medien – Extremismus. Wo Jugendliche mit Extremismus in Kontakt kommen und wie sie ihn erkennen, Wiesbaden: Springer VS.

Schellhö, Jennifer (2019). Abgrenzung an alle Fronten. Die neue Rechte und ihre ethnopluralistische Erzählung. In Schellhö, Jennifer/Reichert, Jo/Heins, Volker M./Flender Armin (Hrsg.): Großerzählungen des Extremen: Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror, Bielefeld: transcript.

Schorb, Bernd (2017). Medienkompetenz. In: Schorb, Bernd/Hartung-Griemberg, Anja/Dallmann, Christine (Hrsg.): Grundbegriffe der Medienpädagogik. 6., neu verfasste Auflage. München: kopaed, S. 254 – 261.

Schreiter, Annika (2018). Von der Schulbank an die Wahlurne. Politische Kommunikation Jugendlicher im Wandel der Lebenskontexte nach dem Schulabschluss. München: kopaed.

Seidensticker, Tilman (2016). Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen. München: C.H. Beck Verlag.

Suntrup, Jan Christoph (2018). Zwischen Herrschaftskontrolle und Verschwörungstheorie: Zur Ambivalenz von »Misstrauensdemokratien«. In: Politische Vierteljahresschrift 2018/2, S. 221 – 243. <http://link.springer.com/article/10.1007/s11615-018-0084-x> [Zugriff: 16.10.2019].

Torney-Purta, Judith (1992). Cognitive representations of the international political and economic systems in adolescents. In: Haste, Helen/Torney-Purta, Judith (Hrsg.): The development of political understanding. San Francisco, S. 12 – 25.

Wiedl, Nina (2017). Zeitgenössische Rufe zum Islam. Salafitische Da'wa in Deutschland 2002 – 2011. In: ISPK-Studien zur Terrorismusforschung herausgegeben vom Institut für Sicherheitspolitik gGmbH (ISPK), Baden-Baden.

Zitationshinweis

Jekta, Maral 2020: Gesellschaftskritik zwischen Legitimität und Demokratiefeindlichkeit – Handlungsempfehlungen für Pädagog*innen. Im Rahmen des Projektes RISE – jugendkulturelle Antworten auf islamistischen Extremismus. Online verfügbar: <https://rise-jugendkultur.de/expertise/gender/>

CC-Lizenz

Die Textteile (nicht die Bilder) der Expertise »**Gesellschaftskritik zwischen Legitimität und Demokratiefeindlichkeit**« von **Maral Jekta** sind lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

Projekt-Informationen

Das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) geförderte Präventionsprojekt **RISE – Jugendkulturelle Antworten auf islamistischen Extremismus** ist im März 2019 gestartet und verbindet aktive Medienarbeit mit einem Peer-to-Peer-Ansatz. Im ersten Jahr entstanden sieben Filme, welche die Perspektive von jungen Menschen auf die Themen Pluralität, Rassismus, Werte & Religion, Gender und Gesellschaftskritik aufgreifen. Die Filme sind ergänzt mit pädagogischem Material und Hintergrundinformationen für Multiplikator*innen für den Einsatz in der Präventionsarbeit auf einer Online-Plattform zugänglich.

Ein Projekt des



Gefördert durch



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

In Kooperation mit

